

**Fraktion Liste Solidarität
Marktplatz 4
Stadtverordneter Bernd Heyl
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 12.9.2005

An den Magistrat
über das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

Z. Hd. Frau Breunig

Betrifft: Verkleinerung des Hauptamtlichen Magistrates

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit Wirkung vom 1.1.06 wird der Hauptamtliche Magistrat auf drei Mitglieder verkleinert.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder von verschiedenen Fraktionen der Vorschlag unterbreitet, den Hauptamtlichen Magistrat zu verkleinern. Dieser Schritt zur Haushaltskonsolidierung wurde zwar mittlerweile durch die Abwahl von Bürgermeister Rebenich praktisch vollzogen, bisher aber noch nicht durch Beschluss festgeschrieben. Die Liste Solidarität ist der Auffassung, dass die Verkleinerung des Magistrates noch vor der anstehenden Kommunalwahl beschlossen werden sollte, damit nach der Wahl bei möglicherweise neuen Mehrheitskonstellationen keine Begehrlichkeiten entstehen können. Die Verkleinerung des Magistrates ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung flacher Hierarchien und setzt den Rotstift dort an, wo es sinnvoll ist.

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl

**Fraktion Liste Solidarität
Marktplatz 4
Stadtverordneter Bernd Heyl
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 12.9.2005

An den Magistrat
über das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

Z. Hd. Frau Breunig

Betrifft: Öffentliche Plakatierflächen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Rüsselsheim stellt in Zukunft bei Wahlen und anderen wichtigen Anlässen an zentralen Plätzen der Stadt wieder öffentliche Anschlagflächen zur Verfügung.

Begründung:

Das Aufstellen von Anschlagflächen vor Wahlen ist ein Ausdruck davon, dass eine Kommune die öffentliche Auseinandersetzung der politischen Parteien fördert und im Meinungsstreit auch die Bedingungen der kleinen Parteien sich gehör zu verschaffen fördert. Ein solches Vorgehen steht einem demokratischen Gemeinwesen gut zu Gesicht. In den Nachbargemeinden Rüsselsheims, so etwa in Groß-Gerau, Nauheim und Trebur ist dies selbstverständlich. Zu bestimmten Anlässen montierbare Anschlagflächen könnten auch außerhalb von Wahlkämpfen die Möglichkeit zur Information geben. In Groß-Gerau zum Beispiel werden die Stelltafeln auch vor dem 1. Mai montiert, um dem DGB-Ortsverband die Möglichkeit zu geben, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. In Rüsselsheim könnte ein weiterer Anlass der Kultursommer sein.

Öffentliche Plakatflächen zu den genannten und weiteren Anlässen erscheinen uns auch geeignet, die Plakatflut, unter der Rüsselsheim bisweilen ertrinkt, einzudämmen. Sie könnten die großen Parteien zur Selbstbeschränkung veranlassen. In der während des OB-Wahlkampfes und des Bundestagswahlkampfes praktizierten massenhaften Plakatierung von Köpfen können wir keinen wirklichen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung sehen. Diese Praxis ist um so ärgerlicher, wenn die Plakate ungepflegt sind, die Ständer auf dem Boden herumliegen o.ä., weil die "manpower" zwar zum Aufstellen aber nicht mehr zur Pflege reicht. Dies gilt auch für die Plakate kommerzieller Veranstalter.

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl

**Fraktion Liste Solidarität
Marktplatz 4
Stadtverordneter Bernd Heyl
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, den 12.09.05

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

z.Hd. Frau Breunig

**Anfrage an den Magistrat nach § 21 Absatz 4 der Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung zur schriftlichen Beantwortung**

Betr.: Aktuelle Finanzsituation der Stadt Rüsselsheim

Es gibt Informationen, die davon ausgehen, dass sich die Einnahmesituation der Stadt Rüsselsheim in einer Größenordnung von etwa 10 Millionen Euro gebessert hat. Für die Liste Solidarität ergeben sich daraus im Hinblick auf die anstehende Haushaltsdebatte Fragen, deren zügige Beantwortung für die Erarbeitung unserer Anträge von Bedeutung ist:

1. Stimmen unsere Informationen bzw. in welchem Umfang rechnet der Magistrat für das Jahr 2005 mit Mehreinnahmen?
2. Wenn ja:
 - Aus welchen Quellen speisen sich die Mehreinnahmen?
 - Sind die Mehreinnahmen einmalig oder kann davon ausgegangen werden, dass sich eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation abzeichnet?
 - In welcher Größenordnung sind die Arbeitsmarktreformen und
 - insbesondere Hartz IV Ursache von Einnahmeverbesserungen?

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl

**Fraktion Liste Solidarität
Marktplatz 4
Stadtverordneter Bernd Heyl
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, den 12.09.05

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

z.Hd. Frau Breunig

**Anfrage an den Magistrat nach § 21 Absatz 4 der Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung zur schriftlichen Beantwortung**

Betr.: Kinderarmut in Rüsselsheim

Dramatische Zunahme der Kinderarmut durch Hartz IV auch in Rüsselsheim?

Seit dem 1. Januar 2005 ist das neue SGB II (Sozialgesetzbuch) besser bekannt unter dem Schlagwort Hartz IV in Kraft. Was die Kritiker der Hartz-Gesetze bereits vor deren Verabschiedung kommen sahen, ist jetzt Wirklichkeit. Am 24. August legte der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ eine aktuelle Studie zu den Auswirkungen von Hartz IV vor, die das Ausbleiben der erhofften Arbeitmarkteffekte konstatiert und zu dem Schluss kommt: „als handfeste Realität für Millionen Arbeit Suchender und ihre Angehörigen bleibt, ... die Kürzung der Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“ Im Hinblick auf das Leistungsniveau der Sozialhilfe widerlegt der paritätische Wohlfahrtsverband die gerade jetzt vor den Bundestagswahlen wieder massiv betriebene Hetze gegen Sozialhilfeempfänger, deren „Wohlleben“ von der Gemeinschaft nicht mehr finanziert werden könne.

Im Vorwort zur Studie heißt es:

„Betrug die Zahl derer, die zu Jahresende 2004 außerhalb von Einrichtungen auf Sozialhilfeniveau leben mussten, noch rund drei Millionen, so ist sie binnen sieben Monaten auf 6,16 Millionen hochgeschwungen. Bezieht man die anzunehmende Dunkelziffer, die Zahl derer also, die ihre Ansprüche aus unterschiedlichen Gründen nicht geltend machen, mit ein, sind es sogar 7,18 Millionen Menschen – 8,7 Prozent der Bevölkerung.“

Bei Kindern unter 15 Jahren sieht die Quote noch verheerender aus: Waren zu Jahresende 2004 laut offizieller Sozialhilfestatistik noch 965.000 Kinder in der Sozialhilfe, so sind es heute über 1,5 Millionen, die auf Sozialhilfe, Sozialgeld nach dem SGB II oder Kinderzuschläge auf Sozialhilfeniveau angewiesen sind. Unter Berücksichtigung der Dunkelziffer erhöht sich die Zahl sogar auf 1,7 Millionen Kinder.“

Laut dem Statistischen Bericht der Stadt Rüsselsheim stieg die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Kinder von 2003 auf 2004 um knapp 10% auf 1174. Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Magistrat folgende Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der auf Sozialhilfeniveau lebenden Menschen in der ersten Hälfte des Jahres 2005 entwickelt?
2. Wie hat sich die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Kinder in der ersten Hälfte des Jahres 2005 entwickelt?
3. Wie hoch schätzt der Magistrat jeweils die Dunkelziffer ein?
4. Welche Initiativen unternimmt der Magistrat um Menschen, die ihren Sozialhilfeanspruch nicht einlösen, über ihre Rechte zu informieren und ihnen unbegründete Scham zu nehmen?

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl